



Verein für Sozialplanung, Halberstädter Str. 115, 39112 Magdeburg



Geschäftsstelle Magdeburg
Tel.: 0391 58279582
Fax: 0391 58291091
email: geschaeftsstelle@vsop.de

An die
Planer und Planerinnen
der Regionalgruppe NORD im VSOP
bzw. der Bundesländer Niedersachsen, Bremen,
Hamburg, Schleswig-Holstein
- per Mail -

Regionalgruppe NORD

Jörg Gapski, ☎ +49 511 616 21039
eMail: joerg.gapski@region-hannover.de

Marion Brünner, ☎ +49 421 361 6851
eMail: marion.bruenner@soziales.bremen.de

Protokoll der Fachtagung der Planerinnen und Planer Nord (Regionalgruppe NORD des VSOP) 20.04.2016 in Cuxhaven (LK)

24.05.2016

Protokoll der Sitzung der Regionalgruppe NORD im VSOP am 20.04.2016

Teilnehmer/-innen: siehe Übersicht Ende Protokoll

- 1. Eintreffen und erste Fachaustausche, Organisatorisches**
- 2. Vorstellungsrunde mit Benennung von Berührungspunkten, Schnittstellen und Erörterungsinteressen.** Begrüßung durch Sozialdezernent Ottens, der das Thema aus seiner Sicht aufgriff und den Anwesenden eine angenehme Tagung wünschte.

Beispielhaft:

- Daten, Datenquellen, Datenqualität, Analysen,
- Monitoring, kommunale Berichterstattung, Landesberichterstattung: Ebenen und Erwartungen, Veränderungen in der Berichterstattung (auch: neue Schwerpunkte?)
- Schnittstellen zu Fachplanungen (z.B. Jugendhilfeplanung) - fachübergreifende Planungsansätze?
- Einrichtungsplanung, soziale Infrastruktur im Bereich dieser Einrichtungen (erfassen, m abbilden, was sagt uns das?)
- Verschiedene Schnittstellen wie bspw. ESF, sozialpsychiatrischen Diensten usw.
- Ableitung von Konzepten und Strategien?
- Integration? Inklusion?
- Notwendigkeit schnellen Agierens, vor allem bei der Unterbringung, ad hoc Handlungen, Zusammenhang mit mittelfristigen Planungen?
- „Sondergruppe“ der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA)
- Was tun, wenn die Konzepte (Unterbringung, Integration) stehen, die Organisationsstruktur angepasst wurde und dann kommen die Flüchtlinge nicht wie angenommen?

3. Von den beiden Organisatoren (Brünner, Gapski) wurden **vier Themenblöcke** vorgeschlagen (Tischvorlage, wird mit dem Protokoll versandt). Auf Basis der dort angerissenen Themenbereiche wurden dann zwei Arbeitsgruppen gebildet.

4. Aus AG I

Es macht einen Unterschied, wie nah´ einem Thema und Personen selbst kommen und ist entscheidend, wie Verwaltung Bürger einbezieht / informiert.

Stadtteile, Gemeinden gehen unterschiedlich mit dem Thema um. Sie sind unterschiedlich belastet und die dort bislang Lebenden gehen auf die Flüchtlinge zu oder nicht. Zuweilen warten Helfer/-innen, aber die Flüchtlinge kommen nicht.

Bei Veranstaltungen ist man gut beraten, unterschiedliche Akteure zusammenzubringen, von (Ober-) Bürgermeister, Verwaltung, Kontaktbeamte, Wohlfahrt, Kirchen, Politikern bis hin zu den Bürgern, für die sich eine neue Situation ergibt. Stichworte: offene Kommunikation, Transparenz.

Ideal wären kleine Unterbringungseinheiten, faktisch werden die Flüchtlinge aber oftmals in großen Unterbringungseinheiten untergebracht, was grundsätzlich eher ein Problem bereiten kann, wenn bspw. unterschiedliche Kulturen und Ethnien aufeinandertreffen, die sich nicht mögen (erste Erfahrung mit Respekt vor dem anderen?). Ziel: Auch Zuwanderer müssen Respekt und Offenheit vor dem anderen lernen.

umA: Die Region Hannover wollte umA in Gastfamilien unterbringen, das Konzept ist aber nicht aufgegangen. Auch die Beschulung gestaltet sich schwierig, es fehlen Lehrer, insofern musste oftmals die Jugendhilfe einspringen.

Netzwerke schaffen, auch kommunale, z.B. um Flüchtlinge zu beschäftigen (u.a. Sport).

Flüchtlinge, gerade die jungen, haben durch die moderne Technik (smartphone...) oftmals völlig falsche Vorstellungen vom Leben und den Möglichkeiten in Europa, explizit in Deutschland. Hier muss angesetzt werden (Information, Schule, Ausbildung, aber ggf. auch die Information, dass ein Asylantrag keine Chance hat).

Problem: Helfer/-innen sind zuweilen undifferenziert positiv.

Lernprozess: Die Flüchtlinge sind zuweilen untereinander unterschiedlicher als uns gegenüber.

Gefahr: Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander ausspielen: Keine Neiddebatte zulassen und Leistungen auch für schon vorhandene Bedürftige beibehalten, z.B. Wohnraumversorgung für Obdachlose. Es sollte nicht sein, dass jetzt manches geht, was vorher nicht ging.

Unterschiede zwischen Stadt und Land....

Mobilität: In Städten anders zu gewährleisten als auf dem Land. Gutes Beispiel: Bürgerbus, aber auch Fahrräder und Fahrradwerkstätten (Beschäftigung, Kontakte).

Was passiert, wenn diejenigen, die jetzt mit großem Engagement ehrenamtlich tätig sind, „müde“ werden?

Daten / Planungen

- Die Datenlage zu den Flüchtlingen ist zunächst einmal recht gut (woher, wer usw). Sind die Daten zuverlässig?
- Wie viele Flüchtlinge gibt es überhaupt (wo)? Selbst in Unterbringungen gibt es einen regen (selbstorganisierten) Zuzug/Fortzug. Teilweise hat es sich bewährt, dass Sozialarbeiter 1x/Woche Betten zählen und nachfragen, wer lebt da und dabei Herkunft, Familienstruktur, Alter, Geschlecht ... erfragen (Bsp. Hannover). Offizielle Listen und die Realität sind nicht deckungsgleich.
- Sind auch Daten zu Flüchtlingen im Leistungssystem, wenn nicht AsylbLG, gut? Z.B. SGB II. Neues Konzept der BA (Anhang).

- Für Ableitungen gibt es aber keinen richtigen Rahmen, was ist Pflichtaufgabe, was ist Kür? Wie sollten Betreuungsschlüssel sein (KGSt, 1:100? 1:80? 1:50?)? Standards für die Unterbringung, Gesundheitsversorgung usw. Standards / Festsetzungen gehören in ein „vernünftiges“ Konzept.
- Was ist ein Flüchtling, also: wen erfassen wir wie? Status? Dieser kann sich ändern, was bedeutet das für Statistik?
- Kostenberechnungen: Was legt man zugrunde? Müsste man nicht sowohl Kosten, die anfallen, wenn wir handeln als auch solche, die anfallen, wenn wir nicht handeln, darstellen (berechnen?)?
- Daten werden aus unterschiedlichen Motivationen heraus erfragt:
 - für strategische Planung
 - für konkrete Planung vor Ort (Unterbringung, Schule, KiTa ...)
 - für politische Fragen (Mehrkosten, Darstellung von Belastungen gegenüber dem Bund)

5. Aus AG II (Textbeitrag von Elke Saueremann)

Daten

Es gibt eine Vielzahl von Datenquellen (Asylbewerberleistungsstatistik, Ausländerstellen, Einwohnermeldewesen, Unterbringungsstatistik, Arbeitsmarktstatistiken, UMFs)

- ⇒ Viele Zahlen, viele Bilder
- ⇒ Daten passen alle nicht zusammen

- Bestandszahlen täuschen über Bewegungen
- Kleinräumig blicken: In der Region Hannover liegen Profile (Nationalitäten, Alter, Geschlecht) für 20 Kommunen vor = alle Profile sind deutlich unterschiedlich.
- Der Anspruch der Sozialplanung an die Qualität der Daten ist hoch - im Zusammenhang mit einem Flüchtlingsmonitoring aber vielleicht zu hoch. Hier muss man lockerer werden, den eigenen Anspruch in Frage stellen, qualifizierte Rechenmodelle, Schätzungen, Szenarien entwickeln.
- Kritische Fragen: Was hilft es, wenn man tiefe Analysen zur Struktur hat? Wer bleibt überhaupt vor Ort? Daten erheben ist etikettieren => Ziel: Zielgruppen identifizieren
- Müssen die Kommunen alle Daten selbst erschließen, diskutieren. Das können viele nicht leisten. Das Land hat Daten, diese können zur Einordnung einer Lage verwendet werden. Wegen Kleinräumigkeit, time-lag und inhaltlicher Tiefe hilft es den Kommunen aber nur, eigene Quelle zu verwenden.

Folgen, Inklusion

- Es stimmt nicht, dass „gestern“ alles in Ordnung war und die Flüchtlingswelle das Problem gebracht hat. Schon vorher war es nicht gut.
- Wachstum entwickelt Stress auf das System, hierzu kann und darf man nicht nur auf Flüchtlinge schauen. Das System war vorher schon an der Grenze der Belastbarkeit, jetzt „knallt“ es. Die Grenzen werden sichtbar.
- Für Flüchtlinge nicht alles extra anbieten, keine Supersonderangebote, sondern in Normalbetrieb einfädeln = Inklusion
- Bevölkerungszuwachs (egal woher und wodurch) löst Mehrbedarf an Personal, Dienstleistung, Geld aus. Dieses muss allen zu Gute kommen = Inklusion. Dieses Vorgehen beugt einer Neiddebatte vor.
- Verwaltung muss eine Haltung entwickeln/einnehmen (Inklusion, Leistungen für alle, s.o.): auf Neiddiskussionen nicht einlassen. Der Planungskreislauf „Verwaltung – Politik – Bürger“ muss als Kommunikationskette gestärkt werden (gegen Neid und Hetze).

Das heißt für **Planung**...

- Es ist keine zuverlässige Planung möglich
- „sich lockerer machen“ und eigene Ansprüche relativieren, in Szenarien denken => auch Schätzungen sind steuerungsrelevant
- Neue Haltung: weniger retrospektiv schauen, sondern mehr nach vorne und Schlussfolgerungen kommunizieren
- Stärker generalisieren, nicht so ins Detail gehen, deutlicher in der Kommunikation werden
- Haltung überdenken: bin ich proaktiv oder reagierend tätig?

6. Plenum

Nach Vorstellung der AG-Diskussionen wurden einzelne Punkte noch einmal herausgegriffen.

- viele Datenquellen
- arbeiten mit Schätzungen
- Notwendigkeit kleinräumiger differenzierter Analysen (Bestand und Bewegung)
- Zielgruppenorientierung in der Planung, auch für die Zielgruppe der Flüchtlinge
- Wer muss welche Daten vorhalten, zur Verfügung stellen und auswerten? Zusammenspiel der verschiedenen Akteure, vor allem von Kommune, stat. Ämtern und Land
- Ziel: Inklusion? „Einfädeln“ in den Normalbetrieb, in den Alltag, keine Sonderlösungen, sondern Verbesserungen für alle und Ausbau der allen zugänglichen Infrastruktur. Auch: Bedingungen schaffen, damit die Menschen Angebote annehmen und Übergänge gestalten.
- Kommunikationskreislauf (wichtig): Verwaltung - Politik - Bürger
- Eine zuverlässige Planung ist nicht möglich, dazu sind Datenquellen und Grundlagen (auch politischer Wille, Strategien) zu diffus. Aufgabe: Szenarien entwickeln.
- Fortschreibungen bestehender Berichtswesen schwierig, da schnelle und viele Veränderungen.
- Was tun, wenn Integration/Inklusion auf dem Weg ist, der Flüchtling, die Flüchtlinge aber nicht anerkannt werden und wieder gehen müssen? Wie geht man mit diesen Menschen um? Wie organisiert man auch dieses Szenario? Kommune kann mit denen arbeiten, für die es eine Bleibeperspektive gibt, für die anderen müssen andere Wege gefunden werden.
- Wichtigkeit von Angeboten „sortieren“, Sprache etwas sollte Priorität haben. Dabei muss man allerdings prüfen, ob man es ggf. mit Analphabeten zu tun hat, dann ist früher anzusetzen.
- Niedrigschwellige Angebote vorhalten und ggf. zu den Menschen gehen, wenn sie nicht zum Angebot kommen.
- Man sollte sich auf keine Ziele einlassen, die nicht erreichbar sind (ziele sollten grundsätzlich realistisch, erreichbar und messbar sein).
- „Kettenduldungen“ für Menschen aus sicheren Herkunftsländern werden so spezifischen Problemen führen. Problemdarstellung, Handlungsideen ableiten?
- Spezialisierungen in den Kommunen, um auf spezielle Problematiken gezielt zugehen zu können.
- Integration / Inklusion: Inklusion meint nicht, dass alle gleich sind, Spezifisches bleibt spezifisch. Die Migrantenvverbände sprechen eher von Integration, um deutlich zu machen, dass die Menschen, die hierher kommen, eine eigene Kultur haben. Schwieriges Thema, das politisch aufgegriffen werden sollte.

- Inklusion, auch Integration, gehen nur, wenn die finanziellen Mittel und die strukturellen Voraussetzungen bereit stehen. Rolle Planung, dieses deutlich zu machen? Auch mit Zahlen zu belegen?
- Bsp. psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen (auch Psychotherapie): Kürzere Wartezeiten würden zu einer Neiddebatte führen. Wie vermittelt man zwischen bislang Wartenden und den Flüchtlingen? Es sollte kein Extraangebot geben, vielmehr müssen Ressourcen und Möglichkeiten abgewogen werden und dann eine neue Zugangsmentalität entwickelt werden.
- Kinder und Jugendliche sollten schnell nach Zuzug begutachtet werden, damit es einen schnellen Zugang zu Bildung/Ausbildung gibt.

Sozialplanung ist in den Prozessen vor Ort unterschiedlich involviert. Sie kann Datenanalysen durchführen und Sachstände darstellen, sie kann aber auch Handlungsnotwendigkeiten ableiten und dieses kann sie strategisch und operativ tun / vorschlagen.

Berichterstattung verändert sich u.U., andererseits ist die Frage, wie Sozialplanung wieder zu anderen Inhalten als der Flüchtlingsthematik kommt und wie sie das Thema einbindet in das „laufende Geschäft“. Was soll verstetigt werden, was nicht?

Man könnte ein Zuwanderungsmonitoring aufbauen, das grundsätzlich Wanderungsbewegungen abbildet, wobei die Flüchtlinge ein Teilaspekt wären.

Bisherige Planungen werden überdacht werden müssen, hier kann Sozialplanung unterstützen, z.B. Schulplanung.

Ggf. sollte man ein sozialpolitisches Frühwarnsystem implementieren (und vorher entwickeln).

Es bleibt viel zu tun....

7. Themen für das nächste Treffen (Stichworte, Ideen):

- Sachstand Flüchtlingsthema in den teilnehmenden Kommunen / Ländern
- flüchtlingsbezogene Kennzahlen Bremen
- Arbeitsmigration: Wanderungsbewegungen auch innerhalb der Kommunen / Landkreise. Bewegungen wahrnehmen, nicht nur Bestand. Veränderungen auch durch interne Wanderungen.
- Wirkungsmessung (in Themenspeicher aufnehmen)

8. Heutiges Format

Themenbezogen in zwei AGs zu arbeiten, wurde positiv bewertet. Es wurde verabredet, dass beim nächsten Treffen zunächst ein oder zwei Inputs gegeben werden könnten, dass dann dazu in zwei AGs gearbeitet wird und nachmittags wieder das Plenum tagt. Hier sollte an einem Thema gearbeitet werden.

Je nach Anzahl der Themen und Inputs sowie der Dauer derselben, können die Treffen aber auch im alten Format stattfinden, das ist dann jeweils zu entscheiden. Hierbei sind mehrere Themen bei dem Treffen möglich.

Das nächste Treffen der Regionalgruppe NORD findet am **10. November 2016 in Hannover** statt und zwar im Gebäude, in dem der Fachbereich Soziales untergebracht ist: **Hamburger Allee 25, Raum B.011** (das ist im EG, hinter der Pfortnerloge rechts den Gang runter bis zum Ende). Wer mit dem Auto anreist, kann komfortabel im nahe gelegenen Parkhaus am Kaufland (Rundestraße) parken. Mittagessen kann in der dortigen Kantine eingenommen werden.

Eine Konkretisierung der Themen erfolgte noch nicht. Vorschläge und Inputs sind willkommen. Bitte meldet Euch / melden Sie sich mit Ideen und/oder Beitragsangeboten....

15.00 Uhr (Ende)

Marion Brünner

Sprecherteam Regionalgruppe NORD

(elektronische Versendung ohne handschriftliche Unterschrift)

Anlagen (nur an Teilnehmer/-innen):

- Positionspapier der DGPPN zur psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen
- Hinweis auf folgenden Link:
<http://www.landkreis-cuxhaven.de/index.phtml?NavID=1779.264>
- IAB Typisierung Flüchtlinge
- IAB Flüchtlingsmonitor
- Tagesordnung vom 20.04.2016
- Photos von den Wandtafeln und der guten Versorgung (verkleinert)

Teilnehmer/-innen April 2016:

Binkowski, Julia (LK Cuxhaven)
Brünner, Marion (SJFIS Bremen)
Dybowski, Hartmut (Stadt Braunschweig)
Elgeti, Hermann (Region Hannover)
Finze-Raulf, Brigitte (FB Soziales und Gesundheit Braunschweig)
Gapski, Jörg (Region Hannover)
Girod, Alexandra (LK Helmstedt)
Haf, Torsten (LK Gifhorn)
Kreutz, Dörthe (Delmenhorst)
Mardorf, Silke (Landeshauptstadt Hannover)
Merker, Stefan (Hamburg-Wandsbek)
Müller, Silvia (LK Cuxhaven)
Münzer, Martina (LK Diepholz)
Nahr, Heinrich (Hamburg)
Osterndorff, Birte (Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe (KoMuT) LK Cuxhaven)
Sauer mann, Elke (Landeshauptstadt Hannover)
Seyfarth, Ilka (Landesamt für Statistik Niedersachsen)
Thiel, Sylvia (Region Hannover)